

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Er erscheint wöchentlich am Samstag.
Zerlagspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: J. Quist
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 18 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 2.— Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Auf zur Maiseier!

Die Arbeiterklasse wird in diesem Jahre am 1. Mai eine internationale Meerschau abhalten, die nach den langen Kriegsjahren die Grundsätze und Gedanken des Friedens wieder pflegen soll. Für die deutschen Arbeiter wird die Maiseier diesmal eine erhöhte Bedeutung haben, weil wir den Sieg der Revolution über die finsternen Mächte der Reaktion feiern können. Seit 1889 war der 1. Mai der Tag der internationalen Demonstration des Proletariats für Arbeiterschutz und Weltfrieden. Unsere Kundgebungen sollten den herrschenden Klassen ins Gewissen reden, die Sozialpolitik nicht zu vernachlässigen und eine ernste Friedenspolitik zu betreiben. Und sie sollten nicht minder den Indifferenten und Lauen unter den Arbeitern selbst den Gedanken der Solidarität der Arbeit nahebringen, sie aufrufen zum organisierten Kampf für den Achtstundentag, für vermehrten Arbeiterschutz und für den Weltfrieden.

Die diesjährige Maiseier wird für den deutschen Arbeiter eine Siegesfeier sein: Der Achtstundentag ist durch die Revolution in unserem Lande verwirklicht und die gesamte Sozialpolitik steht unter dem Einfluß der Arbeiter. Ihre eigenen Vertreter haben in der Regierung die ausschlaggebende Bedeutung, die zur wirksamen Förderung des Arbeiterschutzes nötig ist, und wir haben bereits eine ganze Anzahl von Verordnungen mit Gesetzeskraft durchgesetzt, die die Fesseln des alten Rechts den Arbeitern abnehmen und wichtige neue Rechte zur Durchführung bringen. Die Sicherstellung des Koalitionsrechts für alle Arbeitnehmer, die gesetzliche Anerkennung der Vertragsfähigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Arbeiterrechts zeigen den neuen sozialistischen Geist, der mit dem Siege der Revolution in die deutsche Regierung eingezogen ist.

Auch außerhalb der deutschen Grenzen bereitet die Revolution eine soziale Umwälzung und den grundlegenden Fortschritt der Sozialpolitik vor. In Rußland und in Österreich-Ungarn hat die Revolution den Achtstundentag gebracht und alle Fesseln, die eine reaktionäre privilegierte Klasse dem arbeitenden Volke auferlegte, beseitigt. Die sozialistische Neugestaltung der Gesellschaft ist dort wie hier das große Problem, das alle beschäftigt. Die revolutionäre Zeit meldet sich selbst in den Ländern des siegreichen Imperialismus der Weststaaten; in Italien und Frankreich reden die Arbeiter eine deutliche Sprache. Schon meldet die Presse von einem Entgegenkommen der französischen Regierung in Sachen des Achtstundentages, dieselbe Regierung, die in den besetzten Gebieten den Achtstundentag der deutschen Revolution brutal aufhob. In England und Amerika marschieren der Achtstundentag ebenfalls, auch die neutralen Länder sehen sich unter dem Druck der Arbeiter genötigt, den Normalarbeitstag des Proletariats anzuerkennen. Das ist der Sieg auf der ganzen Linie.

Nicht ganz so zuversichtlich ist das Problem des Völkerfriedens zu beurteilen. Die Hoffnungen der Arbeiter aller Länder, sie würden den lange drohenden Krieg verhindern und den Weltfrieden sichern können, wurde durch den Ausbruch des Weltkrieges zertrümmert. Während dieses schrecklichsten aller Kriege, der Irren und Wahnsinn zum obersten Gesetz des menschlichen Handelns erhob und Verbrechen auf Verbrechen häufte, wurde die Idee des Völkerbundes zur neuen Hoffnung einer neuen Menschheit. Was das sozialistische Proletariat seit 1889 alljährlich am ersten Maientage stürmisch verlangt hatte, wurde selbst von den herrschenden Klassen aller Länder mehr oder weniger offen als die einzig möglich erscheinende Richtung anerkannt.

Selbst die Vertreter des siegreichen Imperialismus haben sich, unwillig zwar, schließlich mitreden lassen müssen. Lange genug haben sie in den Pariser Beratungen den Plänen des Präsidenten Wilson Widerstand geleistet und auch heute noch besteht kein Zweifel darüber, daß insbesondere die herrschende Klasse Frankreichs den Völkerbund nur insofern wünscht, als er ihr die Herrscherstellung zu sichern und die Gewalt über die besiegten Völker zu geben vermag. Der Entwurf, der aus den Beratungen in Paris hervorgegangen ist und der Welt mitgeteilt wurde, zeigt gar zu deutlich diese Spuren eines macht- hungrigen Imperialismus.

Diese Sagen eines Völkerbundes sind nicht geeignet, die Arbeiterklasse zu befriedigen. Sie sind noch völlig ungenügend und in ihrer bisher bekanntgegebenen Gestalt auch untauglich, den Frieden der Welt zu sichern. Nur unter dem Einfluß der Arbeiterklasse wird ein Völkerbund entstehen können, der den wirklichen Frieden und an Stelle von Ausbeutung und Völkerhaß den Geist der Solidarität und Bruderliebe den aus Tausenden Wunden blutenden Völkern bringt.

Daß die Arbeiter trotz der Wirren des Krieges diesen Geist noch pflegen, hat die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern im Februar d. J. klar und deutlich gezeigt. Hier tagten zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges Vertreter der Gewerkschaften beider kriegsführenden Gruppen und der Neutralen. Kein Wort der Feindschaft löste die Verhandlungen, die zu einstimmig geschlossenen Beschlüssen führten. Die Berner Gewerkschaftskonferenz forderte einen Völkerbund der Gerechtigkeit und des Rechts, einen Völkerbund der menschlichen Solidarität. Und sie forderte einen beschleunigten Ausbau der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung, der die Regeneration der Völker fördern und die erste internationale Grundlage für den Sozialismus als System der Weltwirtschaft schaffen soll.

Gerade diese Forderungen müssen wir bei der diesjährigen Maiseier in den Vordergrund rücken. Die internationale Durchführung und Förderung des Arbeiterschutzes wird um so mehr zum Brennpunkt der Arbeiterforderungen, je mehr unser Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung in den einzelnen

Ländern steigt. Und der internationale Charakter der Maiseier wird mit besonderer Schärfe dadurch unterstrichen, daß überall in der Welt, wo an diesem 1. Mai sich die Proletarier versammeln, der internationale Arbeiterschutz und der Völkerbund Gegenstand ihrer Beratungen und Forderungen wird.

Für uns in Deutschland bleibt noch die Ehrenpflicht, unserer in fremder Kriegsgefangenschaft schwachenden Volksgenossen zu gedenken. Zur Sklavenarbeit hat der haßerfüllte französische Chauvinismus unsere Kriegsgefangenen verurteilt. Wir haben in Bern dagegen protestiert und von den Gewerkschaftsvertretern Frankreichs und Englands die Zusage erhalten, daß sie gegen diese brutale Verklawung unserer Kriegsgefangenen vorgehen werden. An dieses Versprechen müssen wir sie am 1. Mai, am Tage der Arbeit, erinnern und die Erwartung aussprechen, daß die Arbeiter Frankreichs und die Arbeiter Englands die Sklaverei bekämpfen, in die ihre herrschenden Klassen Angehörige unseres Volkes geschleppt haben.

Daß der 1. Mai in diesem Jahre überall in Deutschland durch Arbeitsruhe gefeiert wird, ist selbstverständlich. Heute hat das deutsche Proletariat die Macht, den 1. Mai zu einem Feiertag der Arbeit zu gestalten, und es muß von dieser Macht einmütig Gebrauch machen.

Daher Arbeiter, Gewerkschafter, auf zur Maiseier 1919. Sorgt dafür, daß dieser Tag zu einer machtvollen Kundgebung für den Völkerbund, den Völkerfrieden, für Arbeiterschutz und Sozialismus in der ganzen Welt wird. Die Generalkommission.

Die Sozialisierung der Fabrikbetriebe

Unter dieser Bezeichnung hat Fabrikdirektor A. Weissenburger in Offenbach a. M. eine kleine Schrift von acht Seiten erscheinen lassen, deren Inhalt er, wie er uns schreibt, unsern Lesern gerne zur Verfügung stelle. Von diesem Anerbieten machen wir Gebrauch, denn es kann nur zur Klärung beitragen, auch Ansichten aus Unternehmerkreisen unsern Kollegen zu vermitteln. Wir geben also den Inhalt der Schrift hier wieder, ohne uns alle ihre Einzelheiten zu eigen zu machen. Das gilt besonders einigen Bemerkungen in der Einleitung. Herr Weissenburger schreibt:

Der Ruf der Arbeitermassen nach der Sozialisierung erschallt lauter von Tag zu Tag. Wie ein reißender Strom hat diese Idee alle hemmenden Dämme fortgespült und alles Zögern und Widerstreben führt zu Unheil für das Ganze. Aber merkwürdigerweise sieht man nirgends in der Öffentlichkeit die besonnenen Führer der Arbeit aufstehen und schaffend mithelfen, daß dieser Strom in ein gerades abgestecktes Bett geleitet wird, in dem er segensbringende Arbeit zu leisten imstande ist, wie alle elementaren Gewalten, wenn der Wille und die Einsicht des Menschen sie leiten. Stumm blüht die bürgerliche Öffentlichkeit diesem Schauspiel zu, ängstlich ob des überkommener Besitzes. Warnend rufen die Politiker, Industriellen und Leiter industrieller Unternehmen, abzuwachen von dem beschränkten Wege, da er zu Unheil für die Volkswirtschaft führe. Aber zu spät ist es für allen Widerstand. Die Jahre des uneingeschränkten Eigentums- und Erzeugungsrechtes sind vorüber. Die Wortführer des freien Handels und der freien Industrie, des schrankenlosen Individualismus haben das Recht auf Alleinherrschaft verloren. Es gilt jetzt für die Leiter der Arbeit, das Schiff der Erzeugung nicht planlos der Schiffsmanntschafft zu überlassen, sondern Kopf und Hand, Einsicht und Wille sollen es gemeinsam leiten. Aber stumme und leider auch laute Verzweiflung ergreift die Massen, wenn sie sehen, daß nichts geschieht, ihre Ideale zu verwirklichen, daß mit den Schlagworten von „zur Sozialisierung unweiser Betrieben“ 80 Prozent der Schaffenden auf eine nebelhafte Zukunft verdrängt werden, statt daß ihnen Wege gewiesen würden, wie in absehbarer Zeit auch für ihre Schaffen der Tag der Sozialisierung anbrechen kann. Aber es wird weder in der Nationalversammlung noch in der Sozialisierungskommission in diesem Sinne dem Wunsch der Massen eine Konzession gemacht. Nicht zuletzt liegt der Grund der Aufstände und Streiks der letzten Wochen hier in diesem Fehlen aller Richtlinien und Versenken der Sozialisierungsforderungen in Kommissionen, statt in öffentlicher Diskussion die Sachleute auf den Plan zu fordern. Es ist falsch und undemokratisch, wenn die Demokratie schroff jede Einschränkung des freien Handels und der freien Industrie ablehnt. Es ist doch sonst nicht demokratischer Grundsatze gewesen, alles Alte, Ueberkommenes unbedingt als gut zu bezeichnen. Tatsächlich aber ist in wirtschaftlicher Hinsicht die Demokratie so konservativ, wie die Konservativen in politischer Hinsicht waren. Zu ihrem Schanden wird sie wohl ebenso zu spät aus der Entwicklung lernen wie jene. Sie möge also auch hier nicht die Gewalt der konservativen Schlagworte gelten lassen, sonst könnte die Vermutung aufstehen, die Demokratie sei in wirtschaftlicher Hinsicht die Schutztruppe des schrankenlosen Kapitalismus. Die Sozialisierung des Bergbaues ist nun eingeleitet. Bei der Debatte war ersichtlich, daß die Ansicht vorherrschend ist, die Sozialisierung weiterer Gebiete, wie die der Holzproduktion, sei ein Hingehinst und eine wirtschaftliche Unmöglichkeit. Diese Ansicht mag vielfach darin ihren Grund haben, daß sachmännische Richtlinien für eine Sozialisierung oder gemeinschaftlichen Betrieb der Fabrikation noch nicht aufgestellt wurden und daher der Politiker auf dem ihm unbekanntem Gebiet tatsächlich im Dunkeln tappt.

Ich wage es daher, hier die Richtlinien zu geben, die meines Erachtens der Sozialisierung der Fertigproduktion gesteckt werden müssen. Selbstverständlich kann es sich hier nur um Richtlinien, nicht um fertige Pläne handeln, deren schlüssigste Ausgestaltung und Diskussion in der Öffentlichkeit ich hier fordern möchte. Die Sozialisierung der Fabrikation ist nach drei großen Grundzielen huzuziehen:

1. Zentralisierung.
2. Normalisierung.
3. Spezialisierung.

Diese drei Grundgedanken sind es, die die Fabrikation in der Gemeinwirtschaft hoch über das Niveau der Privatwirtschaft heben werden.

Zentralisierung.

Der erste Keinsatz „Die Zentralisation der Industrie“ ist in seinen Vorzügen auch von der Privatwirtschaft längst erkannt, aber die Vielheit der Interessen läßt eine durchgreifende Zentralisation nie zu. Syndikate, Aufnahme kleiner Werke in große, Preiskonventionen, Einkaufsgenossenschaften und ähnliches zeigen ganz genau, wie sehr sich die Industrie diesem Ziele nähern möchte, aber durch die große Macht der privaten Einzelwirtschaft hieran getrennt ist. Ich will die Forderungen gemeinwirtschaftlicher Zentralisation der Industrie kurz skizzieren:

Schaffung eines besonderen Reichsfabrikationsamtes zur Ueberwachung der Gesamtzeugung. Zusammenfassung aller im Reich befindlicher gleichartiger industrieller Unternehmungen in Branchenverbände, deren jeder einen eigenen Wirtschaftskörper darstellt, der selbstständig mit dem Staat und anderen Verbänden abrechnet und selbstständig nach außen auftritt. Einlage aller Kapitalien, die in den Branchenunternehmungen investiert sind, in den Verband; Verzinsung dieser Werte nach einem bestimmten Zinsfuß, der dem der Staatspapiere gleich ist. Selbstverwaltung durch Leitung und Arbeiterschaft. Abgabe aller Ueberhälfe an das Reich. Zentralisation der Rohmaterialbeschaffung aus dem Ausland oder von den entsprechenden Branchenverbänden. Zusammenlegung gleichartiger Rohmaterialwerke und Fertigwarenwerke nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Verlegung von an ungeeigneten Orten befindlichen Fabriken an geeignete, alle Schwerindustrie an die Orte der Kraft- und Kohlerzeugung. Zusammenfassung der Kraftzeugung in große, leistungsfähige Zentralwerke, äußerste Ausnutzung aller Wasserkräfte, aller Hochwasserabgabe und aller Abfallprodukte. Was allein durch gemeinsame Kraftzeugung und Zusammenlegung kleiner, mit ungeeigneten Maschinen versehenen Betriebe in große, rationale, durch gemeinsamen Einkauf unter Ausschaltung des Zwischengewinns und der Händlerarbeit an Arbeitskraft und Herstellungskosten erspart werden kann, mag hier auf keinem Raum unbesprochen bleiben.

Weiter zu fordern ist Austausch der Betriebserfahrungen und Fabrikationsgeheimnisse innerhalb der Branche. Im allgemeinen Fortschritt des Patentwesens, das ja nur ein Ausbeuterecht zugunsten einzelner ist, Ersatz durch Erfindungsprämien und Forschungsanstalten, sowie Neuentwicklungsmissionen im Branchenverband.

Die Verschlebung der Arbeitskräfte innerhalb der Branche nach Bedarfsgrundlagen ist in gemeinschaftlichen Kommissionen der Arbeiter und Leitung zu regeln, um auf einzelnen Werken Ueberangebot und an anderen ungedeckten Bedarf zu vermeiden. Umzugskosten von Arbeitern und Angestellten sind zu bezahlen.

Ferner Zusammenlegung von Industrien mit schwieriger Personalschulung an bestimmte Orte mit Fachschulen für Arbeiter und Beamte.

Ein Hauptziel der Zentralisierung ist die Rohmaterialrationierung. Unerbittliche Sparsamkeit für Sparsstoffe, Ueberwachung ihrer Verwendung in den Verbandsfabriken durch besondere Aufsichtsbeamte, Festlegung der Verwendungsbedingungen durch die Rohmaterialkommission des Branchenverbandes.

Gründung neuer Fabriken nur durch den Branchenverband nach Festlegung der Notwendigkeit und nach großen Gesichtspunkten mit den neuesten Erfindungen der Technik und streng sachmännischen Grundsatzen. Strengste Statistik und Erforschung des Bedarfs zum Zweck der Herstellung nur wirklich notwendiger Waren, Vermeidung aller unnötigen Läger und Stapelwaren. Genaueste Anpassung an den Bedarf durch die statistische Abteilung des Branchenverbandes. Angliederung und Neueinteilung der Berufs-genossenschaften nach Branchenverbänden, Ausbau derselben zu zusammengefaßten Institutionen für Unfall-, Krankheits- und Altersrentenwesen sowie Arbeitslosenversicherung.

Normalisierung.

Die zweite Grundforderung, die Normalisierung, ist ebenfalls wichtig und grundlegender Art wie die Zentralisierung. Wenn wir uns in der deutschen oder sonstigen Privatindustrie umsehen, so finden wir eine berartige Vielheit von Dingen, die alle denselben Zweck dienen, daß auch dem auf dem Boden der Privatwirtschaft stehenden Beobachter der Gedanke einleuchtet, wie unnötig viel Arbeit unnütz verloren geht durch die Herstellung dieser Vielheit oft in weniger Exemplaren mittels teurer Einrichtungen, während oft ein einziger Gegenstand, zweckmäßig ausgewählt und in Massen hergestellt, um einen Teil der Kosten denselben Zweck erfüllen würde. Beispiele brauche ich nicht anzuführen, jeder kann an hundertsten Gebrauchsgut- und Luxusgegenständen, Maschinen usw. diese Beobachtung machen. Aber die kapitalistische Wirtschaft hat kein Interesse an der Vereinfachung des gesamten Industrieapparates. Es ist für sie vollständig gleichgültig, ob in der unsinnigsten Weise Gegenstände hergestellt werden, die teuer oder unnütz sind, oder ob sie den dringenden Bedarf der Armer deckt. Die Hauptsache ist, daß die Hersteller zu tun haben und die Arbeiter Beschäftigung finden. Eine Regelung nach Bedarf und Wirtschaftlichkeit findet überhaupt nicht statt. Hier soll vor allem die Normalisierung einsetzen.

Dieses ist zu fordern:

Innerhalb jeden Branchenverbandes Ernennung einer Sachkommission und Feststellung der in allen Fabriken der Branche gefertigten Fabrikate. Wissenschaftliche und praktische Untersuchung derselben auf Zweckmäßigkeit und Einfachheit, unerbittliche Ausschaltung aller nur aus Einzelinteresse gefertigten Dinge, aller in ähnlicher und mehrfacher Wiederholung mit kleinen Nuancen hergestellten Gegenstände. Ich verweise nur auf die hundertertei Dinge der Luxusbranche, zu deren Anfertigung oft in wenig und selten gelauften Exemplaren die teueren Schritte, Stenzen, Formen und Werkzeugzeuge benötigt werden, die tausenderlei Muster, die mühsam von vielen Fabrikanten mit teuren Arbeitskräften gemacht werden, um nachher in zwanzig- bis dreißigfacher Wiederholung auf Markt zu sein oder überhaupt nicht gekauft werden. Beschränkung auf von gründlich gebildeten Sachkommissionen begutachtete, wenige, beste Modelle, die auf genauer Kenntnis des Marktes und der Technik beruhen. Bei Bedürfnis durch

Die Handarbeit ist eine unbedingte Notwendigkeit in un-
terworfenen Verhältnissen. Alle vorhandenen Werte sind aus Hand-
herbeigehungen. Es wird zwar von gewisser Seite so hingestellt,
ob der verlorene Krieg die alleinige Ursache wäre, um die Notwen-
keit und Erhöhung des Wertes der Arbeitsleistung zu begrün-
den. Dies ist nur zum Teil richtig. Gewiss können die Wunden, die
Krieg geschlagen hat, nur durch intensive Arbeit geheilt werden.
Auch schon lange vor dem Kriege steigerte sich naturgemäß die Ar-
beitsleistung des einzelnen von Jahr zu Jahr. Einerseits anwan-
fortgesetzten Preissteigerungen der Lebensbedürfnisse, andererseits
erhöhten Ansprüchen ans Leben den Menschen zur erhöhten Ar-
beitsleistung. Würde aber der heutige Mensch noch so bescheiden leben
der vor hundert Jahren, so hätten sich Handel und Industrie nicht
entwickeln können, wie sie sich in verhältnismäßig kurzer Zeit
weit haben. Aber auch die Kleingewerbetreibenden, Bäcker, Metz-
gler, Händler, Wirte usw. wären nicht in dem Maße zu Wohlstand
kommen, wie dies der Fall war. Ohne Handarbeit können die Pro-
dukte nicht gehoben werden, ohne Handarbeit kann nichts erzeugt
werden, ohne Arbeit keine Wertschöpfung. Die Geistesarbeiter ha-
ben jedoch auch nötig, denn nach den derzeitigen Verhältnissen ist
Einrichtungen in der menschlichen Gesellschaft müssen die Erzeug-
nisse auch verwertet werden. Ein Produkt erhält erst seinen eigentlichen
Wert durch den Verbrauch, das heißt durch vorteilhaften Absatz. Daraus
geht hervor, daß der scheinbar unproduktive Geistesarbeiter zur-
gleichzeitig unentbehrlich ist wie der produktive Handarbeiter. Nur so
beide Kräfte vereinigend, kann Großes geleistet werden.

Aus diesen Gründen muß sich jeder denkende Arbeiter die Fra-
ge vorlegen: Was wird ein Generalstreik für Folgen bringen? Ist nicht
letzter Endes der produzierende Arbeiter der Leidtragende? Würde
nicht alle jene Millionen, welche durch den Generalstreik verloren ge-
hen durch die Hände der Arbeiter wieder verdient werden? Gewiss ist
die Arbeitsleistung eine humane Waffe, so wie die Waffe des un-
gebildeten Proletariats die humane geistige Waffe der brutalen Waffen-
gewalt der gebildeten Bourgeoisie entgegenstellt. Ob allerdings die
Waffe des Streiks in den gegenwärtigen Verhältnissen auch human ge-
nannt werden kann, ist eine große Frage. Ob ich einen Mitmenschen
in brutaler Weise mit der Waffe niederstoße oder durch Er-
beugung zugrunde gehen lasse, ist im Grunde genommen gleich. Wenn
auch an der gegenwärtigen Regierung manches auszuführen sein mag,
so ist es immerhin eine Frage, ob eine anders zusammengesetzte
Regierung nach den derzeitigen Verhältnissen wesentlich anders handeln
könnte. In der Theorie sind alle Hindernisse leicht zu entfernen, ander-
seits in der Praxis. Da der Militarismus in Deutschland mit gebrochener
Gliebern am Boden liegt und unsere Feinde dafür sorgen werden
daß er so schnell nicht wieder zusammengesetzt werden kann, so wird
es für das Proletariat immer wieder Gelegenheit geben, sich vor
einigen Uebergriffen der Bourgeoisie zu schützen. Die Weltrevolution
wird nicht kommen, weil es noch nicht Zeit ist. Die besiegten Völker
haben zu allen Zeiten Neigung zur Revolution gehabt, nicht aber
die Sieger.

Darum, Arbeiter, reißt nicht noch mehr nieder, als schon nieder-
gerissen ist, bedeutet, daß ihr es seid, die alles wieder erarbeiten
müssen. Darum arbeitet am Aufbau, selbst auf die Gefahr hin, daß es
sich nicht ganz so gestaltet, wie ihr erwartet habt; bedeutet, daß
eure Zeit hat. Es liegt jederzeit in eurer Hand, die Früchte eures
Aufbaues, eurer Arbeit zu schmecken, wenn ihr einig werdet und bleibt.
Arbeitet aber auch an eurem geistigen Aufbau, bedeutet, daß Wissen
Macht ist, denn der kommunistische Idealstaat wird, ja er muß kommen.
Ein idealer Gemeinheitsstaat kann aber nicht durch brutale Waffen-
gewalt eingeführt und erhalten werden, sondern nur durch die Macht
einer edlen, einer humanen Geistesbildung. Dies gilt nicht nur für die
Masse des ungebildeten Proletariats, sondern auch für die in diesem
Sinne geistarme Bourgeoisie.

Was ist der Allgemeine Arbeiter-Verband?

Aus Düsseldorf wird uns geschrieben:
Diese Frage werden sich auch schon unsere Kollegen von Rhein-
land und Westfalen vorgelegt haben, wenn plötzlich jemand auftrat
und für den Allgemeinen Arbeiter-Verband Mitglieder zu werden
suchte. Da diese Organisation, als jüngste Frucht am Baume der
Opposition, am 29. März 1919 eine Konferenz abhielt, wollen wir
uns an Hand des Konferenzberichtes einmal kurz mit diesem Verband
beschäftigen.
Im Jahre 1915 traten in Düsseldorf einige Kollegen, namentlich
Dreher, aus unserem Verbande aus und gründeten einen Fachverein
der Dreher. Man konnte den Verein auch Klub der Verärgerten und
Zerfnüchtigen nennen. Nach einiger Zeit nahm dieser Fachverein den
großproletarischen Namen an: „Allgemeiner Arbeiter-Verband. Proletarisch-
sozialistische Einheitsorganisation.“ Die Revolution verschaffte dieser
Oppositionsfrucht einen günstigen Boden. Die wild aus dem Boden
geposchten Lohnbewegungen gaben dem A. A. V. ein geeignetes
Lebensfeld. Auf der ganzen Linie wurden Bewegungen in Szene
gesetzt, Bewegungen mit Wuchstange und Karabiner. Wo gütlich
nichts zu erreichen war, wurde mit dem sanften Druck des Karabiners
etwas nachgeholfen. So wurden in der Regel Forderungen bewilligt,
die sonst schlicht hätten durchgesetzt werden können.

Selbstverständlich machte die Art der Düsseldorf Bewegung
Schule. So kam es, daß der A. A. V. über die Grenzen Düsseldorfs
hinaus bekannt wurde. Auf der Konferenz waren nach der Angabe
des Vorsitzenden 16 Orte von Rheinland und Westfalen vertreten. In
seinem einleitenden Referat machte der Vorsitzende Schlegel seine
Zuhörer mit den Zwecken und Zielen seiner Organisation bekannt.
Die ganze Rede war eine einzige Schimpfepistel auf die freien Gewerk-
schaften. Sie bewegte sich auf einem niedrigen Niveau. Wenn der
Redner zum Beispiel folgenden Satz ausspricht: „Schon Vassallo
sagte: Wir müssen dem Arbeitgeberum einen geschlossenen Wall der
Arbeiterchaft entgegensetzen“, so beweist dies, daß er von und über
Vassallo nie eine Zeile gelesen hat. Oder wenn er pathetisch in den
Saal ruf: „Schon im Jahre 1914 sandte Herr Legien an Bethmann
Hollweg folgendes Guldigungstelegramm: Wir teilen Sr. Exzellenz
mit, daß die deutsche Arbeiterchaft mit der Laskil Sr. Exzellenz
einverstanden ist.“ Man überzeugt niemand von einer Sache, wenn man
mit Unwahrheiten arbeitet, wie es in diesem Falle geschieht. Ferner:
Die Zentralgewerkschaften sind in erster Linie für den Krieg, das
Etwas und das Elend verantwortlich, sie hatten mit dafür, daß wir
heute noch in Hunger und Elend leben müssen.“ Wir können nach einer
ganzen Reihe solcher Ansprüche anführen, wollen es aber mit diesen
Kritikpunkten genügen lassen. Und mit diesen Argumenten wollte dieser
Mann die Notwendigkeit seiner Organisation begründen. Die Aus-
sprache bewegte sich in demselben Rahmen.

Der Beitrag dieses Verbändchens beträgt wädhentlich 50 P. Es
wird nur Streik- und Gemäßigtemunterstützung bezahlt. Beschlossen
wurde, alle 14 Tage eine Zeitung herauszugeben unter dem Namen
„Allgemeine Arbeiter-Zeitung.“ Sie soll in einer Auf-
lage von 20.000 Exemplaren gedruckt werden. Also bekommen wir
in Zukunft einen neuen Gegner auf dem Gebiet des Fühlungsnehmens.
Trotzdem man ziemlich unfaßlich über die „Gewerkschaftsbongen“
hergezogen und erklärt hatte, daß der A. A. V. keine Futtertruppe für
Verbandsbeamte sein solle, beschloß man, neben dem Redakteur einen
Agitationsbeamten anzustellen. Nur sind es schon vier Personen an
der Futtertruppe des A. A. V. Schlegel sprach deshalb auch nur von
einer Fütterung der Gewerkschaftsbureaucratie. Man schimpfte
auch über das zentrale System der Gewerkschaften, beriet aber selbst
längere Zeit darüber, ob 20 Prozent der Beiträge oder mehr an eine
Zentralstelle abgeführt werden sollen.

Doch was wollen wir uns noch länger mit dieser „Organisation“
beschäftigen. Viele Vereinsgründungen sind schon vorgenommen
worden, um die Gewerkschaftsbewegung zu bekämpfen. Die Gener-
alschaften bestehen noch immer und gehen kräftig in die Höhe. Er-
alle dem!

Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen
der Formier- und Gießereiarbeiter

Am 3. April fanden in Berlin Verhandlungen zwischen Ver-
tretern der Gießereibetriebe, die dem Gesamtverband deutscher Metall-
industrieller angeschlossen sind, und den Metallarbeiterorganisationen
statt, um die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das
Gießereigewerbe Deutschlands auf zentraler Grundlage herbeizuführen.
Hauptgegenstand der Verhandlung war die Befestigung des Allor-
Lohnsystems und die Einführung von Zecklöhnen. Außerdem wurden
Vorschläge unterbreitet über die gleichmäßige Bezahlung etwa zu
leistender Ueberarbeit, die Regelung des Beurlaubens, der
Werkzeugfrage, Gewährung von Ferien unter Fortzahlung des
Lohnes, Einführung besserer hygienischer und sanitärer Einrichtungen
und Ausbeutung der Frauennarbeit in Gießereibetrieben.

Die Verhandlungen haben zu einem endgültigen und abschließen-
den Ergebnis noch nicht geführt, da die Vertreter der Gießereibetriebe
die ihnen vorgetragenen Forderungen der Gießereiarbeiter zunächst
ihren Bezirksorganisationen und dem Ausschuss des Gesamtverbandes
deutscher Metallindustrieller zur Kenntnisnahme und Beschlußfassung
unterbreiten müssen. Nach Stellungnahme der Bezirksorganisationen
der Unternehmer zu den Forderungen sollen die Verhandlungen fort-
gesetzt werden. Die Unternehmer verpflichteten sich, die Sache zu be-
schleunigen, damit die zentralen Verhandlungen zur Regelung der
Lohn- und Arbeitsbedingungen im Gießereigewerbe baldigt zu Ende
geführt werden können.

10293 Tote, 789373 Verletzte
in einem Jahre

Das sind die amtlichen nackten Zahlen, die von den Berufs-
genossenschaften für das Jahr 1913 veröffentlicht wurden. Bis zum
Jahre 1918 ist noch kein roter Mühlgang in den täglichen Unfällen
festgestellt. So viele Tote hat die Arbeiterschaft Deutschlands fast
jedes Jahr zu beklagen. Daneben noch eine sehr große Zahl zum
Krippel Gewordener. Wieviel Not und wieviel Sorge ist in manche
Familie dadurch gekommen. Denn auch die höchste Unternehmung kann
niemals den Ernährer, den guten forgenden Vater, Sohn, die Mutter
oder Tochter voll ersetzen. Man hat auch dieser von Menschen ohne
Herz und Seele erzeugte Krieg unzähliges Leid wiederum in Mil-
lionen von Arbeiterfamilien gebracht. Deshalb ist es heilige Pflicht,
endlich mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß Leben und Gesundheit
der Arbeiter bei der täglichen Berufsarbeit mehr als bisher geschützt
werden. Das erfordert ja auch dringend unsere durch diesen elenden
Krieg zerrüttete Industrie, denn die braucht gesunde Arbeiter.

Die Unfallberufsgenossenschaften hatten ja das Bestreben, überall
so irgend möglich, Schutzvorrichtungen anzubringen. Ich bin jahre-
lang Arbeitervertreter bei der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik
und Elektrotechnik und muß bestätigen, daß unsere Anregungen immer
ein williges Ohr fanden. Aber ich weiß auch genau, daß diese Unter-
nehmer, namentlich von kleinen und mittleren Betrieben, den Schutz-
vorrichtungen nicht immer das richtige Verständnis entgegenbringen.
Darin muß ich unbedingt, so schnell wie möglich, geändert werden,
daß befähigte Arbeiter in der ganzen Industrie zur ständigen Aufsicht
der Betriebe mit herangezogen werden. Die Kontrolle muß vermehrt
werden. Bei ungefähr 10.000 Betrieben mit 300.000 Arbeitern sind
fünf Beamte als Revisor tätig. 20 Prozent der Betriebe werden
höchstens revidiert, manche nur alle drei Jahre. Das ist unbedingt
zu wenig. Die angestellten Beamten sind akademisch gebildete In-
genieure. Ich hatte nun 1915 bei unserer Genossenschaft den Antrag
gestellt, neben den Ingenieuren ein paar tüchtige Arbeiter als
Hilfsrevisor noch zur Überwachung der Betriebe anzustellen. Der An-
trag wurde auch von der Genossenschaft gut aufgenommen. Aber vom
Reichsversicherungsamt wurde mir am 20. April 1915 geantwortet,
daß das Gesetz keine Handhabe bietet, Arbeiter als Revisoren an-
zustellen. Nun, das Alte stürzt, das Neue bricht sich Bahn. Alle Wissen-
schaftler in Ehren. Ich bin der letzte, der unsere tüchtigen Ingenieure
Schutzvorrichtungen angelegt und erfunden, sind es nicht Arbeiter und
Meister gewesen? Bei den ganzen Tag im Betrieb ist, der weiß am
besten, wo es jetzt und was dem Arbeiter wohl tut. Man braucht
keine akademische Bildung, um zu sehen, an welche Maschine eine
Schutzvorrichtung gehört. Dazu gehört meiner Meinung nach jahre-
lange praktische Tätigkeit innerhalb der Werkstatt. Der Ingenieur soll
nicht verdrängt werden. Es gibt in unserer vielfeitigen Industrie auch
noch genug Zweige zu beaufsichtigen, wo zweifellos eine tüchtige Kraft
gehört unbedingt der praktische Arbeiter. Er kennt am besten, was
seiner Kollegen nützt. Es sollte endlich zugegeben werden: man
wollte den Arbeiter bisher nicht haben. Das Wort: Weiße Salbe ist
bekannt. In den Großbetrieben haben wir zwar schon jahrelang
Kollegen in den Rohfabrikationskommissionen. Sie haben auch manches
Gute geleistet, aber wie es sein soll, ist es doch nicht, man weiß ja
warum. Auch die geplanten neuen Arbeiterräte der Betriebe können
es nicht, auch keine Gewerkschaftsbeamten, die schon jahrelang keinen
inneren Betrieb mehr gesehen haben. Es müssen tüchtige, gelehrte
Fachleute, die mindestens 15 Jahre bis zuletzt innerhalb des Betriebes
tätig waren, von Staats fest angestellt werden. Sie müssen einen
größeren Wirkungskreis bekommen als die eigene Fabrik, damit sie zu-
lassen, um ihr Wissen zu bereichern. Keine Bahn dem Tüchtigen!
Hier ist ein Weg, und noch dazu zum Wohle der gesamten Arbeiter-
schaft und unserer ganzen Industrie.

Aber auch an unsere Kollegen und Kolleginnen noch ein paar
Werte. Das nützen die schönsten Handhabe im Winter, wenn man
sie in der Bohrung liegen läßt? Und was nützt die beste Schutzvor-
richtung, wenn sie nicht benutzt wird? Sie ist habe ich gesehen,
namentlich von Kolleginnen, wie leichtfertig sie mit ihren Händen um-
gehen. Und Laster Ungeheuerlichkeit wird die Schutzvorrichtung nicht
benutzt. Viele Kollegen werden mit das befehligen müssen. Aber auch
bei den Firmenangehörigen können nach viele Unfälle vor. Hier wird
von den Kollegen nach manchem gefürchtet. Viele haben auch ein
Wortchen gegen neue Schutzvorrichtungen, sie werden, man will sie
auf ein paar Tage ein paar Pfennige weniger verbieten werden. Alle
diese Vorurteile müssen aufhören. Jeder muß und kann endlich glauben,
daß alle Schutzvorrichtungen nur zum Wohle der ganzen Arbeiterchaft
gegriffen werden. Deshalb alle vorhandenen Schutzvorrichtungen
benutzen und beachten! Nur eifriges Halten und guter Wille, dann
werden diese vielen Unfälle mit ihren oft so traurigen Folgen un-
bedingt verringert.

Und nun, neue Regierung, ans Werk! Da laßt sich nicht erst lange
schweigen lassen, was man tun will und wo. Der Apparat ist da,
die nötige Kräfte heranzubringen. Am Anfang war die Lot-
G. Gottschalk (Berlin).

Preisabschreiben zu erlangend. Entwürfe für Neuheiten, strengste
Sichtung derselben durch Sachkommissionen. Es ist klar, daß statt
hundert mittelmäßiger gehen, aber künstlerisch wertvolle, fabrikatorisch
einfache Modelle den Preisstellungsbereich bei der zehnfachen Menge auf
die Hälfte herabdrücken würden. Also hier müßte der Normali-
sierungsweg in absolut lückenloser Weise bis ins Kleingewerbe ein-
geleitet werden. Was wird alles im Kleinbetrieb einzeln gefertigt, das maschinell
in hundertfacher Ausführung mit dem vierten Teil der Arbeitsleistung
gemacht würde. Man sage nicht, daß durch Einzelanfertigung Besseres
und künstlerisch Wertvolleres geleistet werden würde. Das war viel-
leicht zu Zeiten der unentwickeltesten Fabrikationstechnik der Fall, daß
Fabrikware als minderwertig galt. Heute könnte man das Gegenteil
behaupten. Herstellung der Einzelteile in Massen nach systematischer
Methode nur verbilligt immer und verbessert durch die Gleichartigkeit
des Materials und der Formen. Ausnahmen wird es immer geben.

Die Normalisierung der Fabrikate ist ebenso wichtig. Teil-
weise ist sie ja von bestehenden Verbänden angefangen, aber bisher
fehlt dem immer noch der Sonderwunsch und das Sonderinteresse so-
wie das Fehlen jeden Zwanges auf dem Abnehmer entgegen. Auch
hier müßte die Vielheit unter dem eisernen Riß des Normali-
sierungszwanges auf einfache Normalien heruntergestrichen werden.

Spezialisierung.

Eng zusammen mit der Normalisierung hängt die dritte Haupt-
forderung der Spezialisierung.

Die Vorzüge einer allerdings beschränkten Spezialisierung und
ihre Notwendigkeit waren den Industriellen wohl klar, seit durch die
fortgeschrittene Technik die Menge der Industrieerzeugnisse auch der
Privatwirtschaft teilweise ein lohnendes Feld in der Spezial-
fabrikation bot. Aber die Vielheit der industriellen Unternehmen und
die Möglichkeit, stets Neugründungen auf demselben Gebiet vorzu-
nehmen, hat die Deckung des Bedarfs in so viele Hände gebracht, daß
für den einzelnen Unternehmer nur ein beschränktes Quantum zur
Verfügung verblieb, was bei der rationellen Fabrikation hinter
dem weit zurückblieb, was bei der Gemeinwirtschaft durch Speziali-
sierung und zusammengefaßte Herstellung möglich ist. Schon die Mög-
lichkeit, die vielfache Menge, deren Erzeugung nur in der einen Hand
des Branchenverbandes ruht, mit Einrichtungen zu fertigen, deren
Zechniß großzügig und deren Maschinen und Apparaturen nach
neuesten Erfahrungen gebaut sind, zeigt die riesige Ueberlegenheit der
Gemeinwirtschaft der Branche. Auch der Umtausch von Maschinen von
einem Werk in das andere wird nun möglich. Jeder Fachmann, der
weiß, welche Millimeterwerte von Vollvermögen in stützenden
Maschinen und Apparaturen einzelner Werke nutzlos festliegen, weil
die Konjunktur, Konkurrenz oder die Unfähigkeit des Leiters es be-
dingen, während in einer anderen gut geleiteten Fabrik Bedarf an
denselben Einrichtungen ist, wird mit bestimmen. Die Spezialisierung
der Arbeitskräfte ist ferner wichtig und zu fordern, aber erst in der
Gemeinwirtschaft lückenlos möglich. Die Spezialgebiete werden erst
durch die Spezialisierung so groß, daß in jedem Fach die Spezialaus-
bildung gefordert werden kann. Fort mit den Messtörnern und Mes-
serschnitten. Erst durch gründlich ihre Spezialfach beherrschende Arbeiter
und Beamte. Fort mit Fachschulen für alles und jedes in der
Technik, Fort mit Fachschulen der Branchenverbände, in denen
nur der zwangigste Teil gelehrt wird, aber dieser zwanzigmal aus-
führlicher unter Beschäftigung des ganzen Weltmarktes auf dem
Spezialgebiet.

Die Kräfte für Leitung und Führung sollen ihren Weg doch finden.
Für sie soll auf den Hochschulen über Handel und Sozialpolitik sowie
über die Zusammenhänge in der Technik gründlicher wie bisher ge-
lehrt werden. Dazu ist zu fordern, daß die Branchenverbände ihre
fähigsten Kräfte zu Hochschullehrern entsenden, in denen sie über die
Neuerfindungen und Fortschritte der Wissenschaft und Technik unter-
richtet werden. Es ist ein großer Mangel, daß heute dem einzelnen,
wenn er erst einmal in dem Betriebe des industriellen Lebens steht,
weder Zeit noch Gelegenheit bleibt, sich in gründlicher Weise weiter-
zubilden. Die neue Zeit soll nicht die großen Industriellen von heute
wilden, deren Verschwinden durch die Spezialisierung so allgemein be-
fürchtet wird und die vielfach nur Räuber am Volksgang sind,
sondern für das Allgemeine schaffende, gründlich gebildete, pflicht-
getreue Fachleute.

Ich komme zum Schluß. Das Ganze überblickend, finden wir,
daß durch ein solch strenges System der Spezialisierung viele Arbeits-
kräfte frei werden. Aber das ist ja der eigentliche Zweck der Gemein-
wirtschaft, möglichst hohe Leistung mit geringsten Kräften. Die über-
schüssigen Arbeitskräfte werden zur Schaffung neuer Werte, zur Ver-
besserung der Lebensbedingungen, Errichtung öffentlicher Ein-
richtungen zum Wohle des Volksganges und vor allem zur Steigerung
unserer Exportmöglichkeiten Verwendung finden. Nicht, wie die Feinde
der Spezialisierung drohen, daß Export nur bei freier Kapitalistischer
Wirtschaft möglich sei, sondern gerade bei der Gemeinwirtschaft durch
die freiwerdenden Kräfte kann der Staat exportieren. Er wird den
Auslandsmarkt durch Berufstätige prüfen lassen, Exporthandelschulen
gründen und Spezialfabriken für Exportwaren nach internationalen
Gesetzen errichten und, wo dies nötig, subventionieren, damit das
Land die zum Ausgleich der Handelsbilanz nötige Ausfuhr hat. Ein
solch sozialisierter Staat wird bald ein gefährlicher Gegner im Welt-
handel sein.

Nicht mit Schlagworten wie jenes von den zur Spezialisierung un-
reifen Betrieben und anderen ähnlichen dürfen wir diese große Bewegung
hemmen, sondern wir müssen ihr Möglichkeiten und Wege weisen, daß
sie zum Vorteil des Volksganges verlaufe. Alle, die guten Willens sind,
sollen dabei helfen.

Konferenz der Waggonarbeiter

Am 26. und 27. März wurde im Sächsischen Casino in Dür-
gang eine von den Verbänden der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Sattler und Räder desamtliche Kon-
ferenz der Arbeiter in den Waggonfabriken
Deutschlands abgehalten. Der Zweck der Konferenz war die
Aufstellung eines einheitlichen Arbeitsvertrages für die Waggonarbeiter.
Die Konferenz war von 55 Delegierten und 13 Beiratsmitgliedern und
Beiratsmitgliedern besetzt.

Von den vier Verbänden, die die Konferenz einberufen hatten,
war ein Beiratsmitglied vorzuziehen worden, der in 33 Abschnitten die
einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der in den
Waggonfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen einschließ-
lich der Lehrlinge entwarf. Dieser Entwurf, über den ein Sonderaus-
schuß des D. M. A. Bericht erstattete, bildete die Verhandlungsgrundlage
der Konferenz. Recht eingehend wurde über die Frage der Arbeit-
zeit gesprochen. Es fehlte auch nicht an Stimmen, die der Kon-
ferenz die Ablehnung jedweden Vertrages empfahlen, doch blieben sie
eindeutigerweise in verächtlicher Minderheit. Von dieser Seite
wurde der Konferenz empfohlen, die Frage der Spezialisierung
der Waggonarbeiter sofort in Verhandlung zu nehmen und
einen entsprechenden Beschluß zu fassen. Demgegenüber wurde von
der Seite der Verhandlungen betont, daß die Konferenz ganz unab-
hängig von der Frage der Spezialisierung der Waggonarbeiter an einer
Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen heranzutreten müsse, weil,

Jur Frage der Arbeiterkontrollen

Wird weiter von den Bundesregierungen Stellung genommen. Das meiningische Staatsministerium teilt unterm 14. März d. J. der Generalkommission der Gewerkschaften mit: "Es besteht die Möglichkeit, daß sich demnächst mehrere Thüringische Staaten zu einem größeren Staat zusammenschließen werden. Daher halten wir es für richtig, den Gang dieser Verhandlungen abzuwarten, bevor wir auf die Eingabe vom 25. Januar d. J. betr. Arbeiterkontrollen Entscheidung fassen."

Die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland

betrug nach dem Stande vom März d. J. im Reich 1 040 717 Personen

Jahr Verteilung der Lebensmittel aus dem Ausland.

Angesichts der bevorstehenden Einfuhr von Lebensmitteln: sind verschiedentlich Befürchtungen laut geworden, daß die betreffenden Waren von Groß- und Kleinhändlern dem Schleichhandel zugeführt werden könnten. Infolgedessen werden von verschiedenen Seiten Verhinderung und Ausbaur des Ueberwachungsapparates sowie Anstellung von Lebensmittelkontrollen aus Arbeiterkreisen gefordert, um eine mildernde Ausbeutung der Bevölkerung zu unterbinden. Hierzu beizutragen die Mittelungen aus dem Reichsministerium, daß die eingeführten Lebensmittel von behördlichen Organen übernommen und der öffentlichen Vertriebsanstalt zugeführt werden. Die hauptsächlichsten Quellen des Schleichhandels waren bei inländischen Lebensmitteln die Erzeuger und bei ausländischen Waren die Schmuggler. Beide fallen für die jetzt in Frage kommenden Lebensmittel fort.

Die stärkere Ueberwachung der zu verteilenden Lebensmittel, zwecks Bekämpfung des Schleichhandels entspricht durchaus dem Wunsch des Reichsministeriums. Es hat bereits in seiner Richtlinien für die Erfassung und Verteilung der Vorräte die Kontrollen bei der Ausübung der Kontrolle mit heranzuziehen. Damit wird der für die Ausgabe der Auslandslebensmittel vorgesehenen Ausbaur des Ueberwachungsapparates, der den genannten Wünschen entspricht, eine gerechte Verteilung in allen Bevölkerungsklassen gewährleistet.

Zuschüsse zu Hofflandsarbeiten.

Der Reichsminister der Finanzen hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach von den zu Hofflandsarbeiten geleisteten Zuschüssen die Gemeinden ein Sechstel, der Bundesstaat zwei Sechstel und das Reich drei Sechstel aufzubringen haben. Die Zahlung der Zuschüsse erfolgt vorzugsweise durch den Bundesstaat, in Preußen auf Anwendung der Regierungspräsidenten, für Berlin auf Anweisung des Oberpräsidenten in Charlottenburg. Die Reichshauptkasse ist angewiesen, die von den bundesstaatlichen Kassen geleisteten Zuschüsse zu erstatten.

Sozialisierung der Hochseefischerei.

In den Fischereikreisen ist eine starke Erregung bemerkbar, die an dem Verlauf eines Teils der im Besitz des Reichs befindlichen Fischkomplex an private Firmen Anstoß nimmt und für eine baldige Sozialisierung der Hochseefischerei eintritt. Im Anschluß an diese Tatsache ist beachtenswert, daß die Sozialisationskommission bereits am 20. März der Reichsregierung ein vorläufiges Gutachten über die Sozialisierung der Hochseefischerei überreicht hat, dessen Berücksichtigung dringlich geboten ist.

Vom Ausland

Schweiz.

Beschwerden über die 48-Stundenwoche. Am 29. und 30. März fanden in Baden Verhandlungen von Vertretern des Schweizerischen Metall- und Maschinenbau-Verbandes aus den Schichten der Großindustrie statt, die sich mit der Einführung der 48-Stundenwoche beschäftigten. Ein Antrag, am 1. Mai in den Streit zu treten, wenn der Unternehmerverband sich weigert, bis dahin die 48-Stundenwoche zu gestatten, wurde nach langer Aussprache abgelehnt, dagegen ein Antrag angenommen, wonach die Arbeitszeit unter Voraussetzung spätestens bis zum Ende des April auf 50 Stunden verkürzt werden und die 48-Stundenwoche in Kraft treten soll, wenn sie durch internationale Abmachung eingeführt wird, spätestens aber am 1. September 1919.

Am 31. März fanden in Zürich Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinen- und Metallbauindustrieller statt. Nach längerem Erörtern kam es zu folgenden Abkommen:

Am 5. Mai 1919 soll die Arbeitszeit 50 Stunden und am 1. Oktober 1919 48 Stunden in der Höhe betragen. In Betrieben, die heute noch eine längere Arbeitszeit haben als 54 Stunden, wird die Arbeitszeit am 5. Mai um vier Stunden vermindert und am 1. Oktober um weitere zwei Stunden. Eintritts- und Austrittskontrolle, Umkleen, Bajagen usw. sind nicht einbezogen. Die Regelung der Arbeitszeit soll, wo nicht besondere Verhältnisse dem entgegenstehen, nicht nur in den Nebenbetrieben, sondern auch vornehmlich in der Schichtbetriebe durchgeführt werden, besonders auch dann, wenn beim jeweiligen Tagesbetrieb eine vierstündige Pause in der Schicht genügt, wenn die Schichtdauer fünf oder sechs Stunden nicht übersteigt. Die Stundenlöhne werden entsprechend der Arbeitszeitveränderung erhöht. Wenn bei Abhandlung der früheren Besätze nicht mehr erreicht werden kann, so werden die betreffenden Arbeiter um 5 u. S. erhöht.

Diese Abmachungen betreffen auch die Generalversammlung des Unternehmervereins.

Der Schweizerische Metall- und Maschinenbau-Verband hat im Januar und Februar eine Umfrage über die Arbeitszeit beauftragt. Danach arbeiten durchschnittlich:

Table with 2 columns: Arbeitszeit (in hours) and Anzahl Beschäftigter. Rows include: weniger als 48 Stunden (2539), 48 bis 50 Stunden (2436), 50 bis 54 Stunden (6428), 54 bis 58 Stunden (3123), 58 bis 60 Stunden (11457), 60 bis 66 Stunden (2494), 66 bis 68 Stunden (3174).

Schweiz 1917/18 Beschäftigte

Dagegen ist zu bemerken, daß in den Betrieben, wo weniger als 50 Stunden gearbeitet wird, diese weniger häufigen jetzt hauptsächlich wegen Arbeitsmangels eingestellt worden ist. Mehrere Schweizerische Kollegen haben die 48-Stunden Arbeitswoche also noch nicht nach erlangen; jedoch ist diese auf dem Markt. Jedoch gilt die Erregung des Arbeiterbewegung in Deutschland ist auch in den ausliegenden Ländern häufig bewacht.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(V. a. G. Hamburg.)

Der bedeutende Zuwachs an Mitgliedern macht die weitere Anstellung eines Bureauangestellten im Bureau der Kasse notwendig. Die Gehaltsbedingungen usw. sind aus dem Protokoll über die Generalversammlung 1918 in Augsburg, Seite 44 bis 47, zu ersehen. Der Anzustellende muß mindestens 5 Jahre Mitglied der Kasse sein. Die Anstellung erfolgt mit gegenseitiger sechsmonatlicher Kündigung vor dem Schluß eines Kalenderjahres. Mitglieder, die auf diesen Posten reflektieren, werden ersucht, eine selbstgezeichnete Offerte, die auch die Hauptnummer des Mitteilungsblattes enthalten muß, spätestens bis zum 15. Mai cr. an die Hauptverwaltung einzulegen.

Abrechnung über den Unterstützungs- und Agitationsfonds vom 1. Januar bis zum 29. Februar 1919.

Table with columns: Ort, Anzahl Mitglieder, and Summe. Lists various locations like Berlin, Hamburg, etc., with member counts and totals.

Die ausgetretenen Mitglieder: B. Müller, Lötzdorf, 70 M. Joh. Venz, Dresden-Cotta, 50. Franz Rische, Breslau, 60. Friedrich Veng, Hagsfeld, 50. Ferdinand Ried, Neudorf, 70. Heinrich Starf, Geizweil, 17,70. In die Hinterbliebenen von 83 im Felde gefallenen Mitgliedern 4725. Porto und Bestellgeld 24,55. Jahrgeld an die Revisoren 0,70 M. Zusammen 5067,95 M.

Table with columns: Einnahmen, Ausgaben, Mehreinnahmen, and Kassenbestand. Shows financial details for the period.

Berlin, den 22. März 1919. Geprüft und für richtig befunden. Die Revisoren: Josef Wieloch, Paul Diebig.

Die Ortsvereinigungen werden ersucht, die Sammlungen für den Unterstützungsfonds noch nach Möglichkeit fortzusetzen, da die Anträge auf Unterstützung für die Hinterbliebenen der Gefallenen noch in gleicher Höhe wie vorher eingehen und ein Ende noch nicht abzusehen ist. Außerdem dient der Fonds auch unseren ausgetretenen Mitgliedern, deren Anträge in letzter Zeit zahlreicher eingehen.

Eingegangene Schriften

Neue Zeitschriften. Man sollte es nicht für möglich halten, aber es ist doch Tatsache: Trotz der Papierknappheit, trotz der gewaltig gestiegenen Druck- und Bindungskosten ist in letzter Zeit eine Menge neuer Zeitschriften erschienen, von denen sich der, der nicht die Gelegenheit hat, sich einen Einblick darin zu verschaffen, keinen Begriff machen kann. Wir können deswegen an dieser Stelle nur über einige uns zugehende neue Zeitschriften ein paar kurze Bemerkungen machen, die nicht den Anspruch erheben können, als volle Bindungen zu gelten. Da wir zunächst zu nennen die Zeitschrift Freies Deutschland. (Sozialistische Wochenzeitung für Politik und Kultur. Verlag: Freies Deutschland, Verlagsgesellschaft m. b. H., Hannover. Preis vierteljährlich 4,50 M., monatlich 1,50 M. Einzelpreis des Heftes 40 S.) Von den Mitarbeitern an dem uns vorliegenden ersten Heft nennen wir Max Cohen, Walter Oehme, Ernst Heilmann, Hans Kaiser und Johannes Ganske. Ferner haben wir erfahren, daß in verschiedenen Gegenden Deutschlands besondere Zeitschriften für die Arbeiterkreise herausgegeben werden. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen können sie natürlich nicht. Eine von diesen würde auch uns zugehen. (Der Arbeiter-Rat. Wochenzeitung für praktischen Sozialismus. Redaktion und Verlag Berlin SW. 68, Schönebergstraße 32. Zu beziehen im Buchhandel durch A. Hoffmanns Verlag, Berlin O. 27, Annaberstraße 22. Erscheint wöchentlich. Preis vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M. Einzelpreis 50 S.) Der Inhalt dieser Zeitschrift läßt sich so zusammenfassen, was zu allerdingen zum Teil dadurch zu erklären ist, daß sie ihre Mitarbeiter erst heranziehen muß. Von praktischem Sozialismus (treffender sagt man in diesem Falle wohl angewandten Sozialismus) haben wir aus dem Beispiel gefunden in einer im ersten Heft enthaltenen Zeitschrift aus Neudorf. Ferner ist ein großer Kaffee von Georg Ledebur über den Aufbau des sozialistischen Gemeinwesens erschienen und anzuwenden. Im übrigen zeigt die Zeitschrift, daß unter den Anhängern des Rätesystems noch recht viel Unklarheit herrscht. Die Anspaltung ist noch unklarheit. Unter anderem fehlt auf den Seiten die Angabe des Erscheinungstermines. Eine Zeitschrift für sozialistische Lehrer und Lehrerinnen soll der Folge sein. (Der Führer. Sozialistisches Schulblatt. Halbmonatsschrift. Herausgeber: Georg Meyer. Schriftleitung und Verlag: Rügen, Schwindstraße 9, 2. Bezug nur durch die Post, halbjährlich 3 M.) Von dieser Zeitschrift liegt uns die Doppelnummer 1 und 2 vor. Der Inhalt läßt sich so zusammenfassen. In dem ersten Heft ist hier anzunehmen, daß er schon von selber besser wird, wenn die Zeitschrift in Lehrkreise eingeführt wird und die Lehrer sich in größerer Zahl an der Mitarbeit beteiligen werden. Eine sozialistische Zeitschrift für Lehrer ist ohne Zweifel besonders notwendig. — Aufmerksam angefordert ist die Neue Erziehung. (Sozialistische Monatshefte für Pädagogik. Herausgeber Dr. H. Voegelé. Verlag: Leipzig, Schönewaldstraße 9, 2. Bezug nur durch die Post, halbjährlich 3 M.) Das uns vorliegende erste Heft enthält Arbeiten von Gustav Krugel, vortragendem Rat im preussischen Kultusministerium (Lehrerbildung und Volksschule), Dr. Robert Seidel, chemisches Nationalrat und Betriebsrat an der Universität

Zürich (Erziehung fürs Vaterland oder für die Menschheit), Prof. Dr. Ludwig Curtius (Richtlinien für die Umgestaltung des gesamten Erziehungswesens in Preußen und Deutschland), Dr. Kurt Busse (Jugendliche Uebergangswirtschaft), Dr. Hans Schimmling (Wirtschaftliche Notlagen), Lehrer Fritz Gansberg (Lehrfreiheit). Außerdem noch ein reichhaltiger Rundschau.

Verbands-Anzeigen

Mitgliederberatern. Samstag 26. April: Ulpoda. Vorwärts, halb 8 Uhr. Augsburg. Geschäftsabrechnung, 8. Weimar. Volkshaus, 8 Uhr. Sonntag, 27. April: Pasing. Schmidts, Schönbühl. Generalversammlung nach § 4 des Statuts. Kassenbericht. Wahl von drei Beamten. Umwahl der Ortsverwaltung. Gräfenthal. Th. Schleichhaus, 1/8. Groß-München. Hubert, 3 Uhr. Stellungnahme zur Aufhebung unserer Verwaltung mit Senftenberg und zur Anstellung eines Geschäftsführers. Landau. Hainfelder, 3 Uhr. Samstag, 3. Mai: Bromberg. Arbeitercasino, Thalstr. 2. Elmshorn. G. Krause, halb 8 Uhr. Essen (Heilungsmonteur u. Helfer). Essfurt. Kantonien, 8 Uhr. Kauf (Wagner). Gewerkschaftshaus. Wolgast (Pommern). Schulz, halb 9. Sonntag, 4. Mai: Erfurt (Erfurtmonteur). Steiniger, 10. Erfurt (Heilungsmonteur). Wetmar. Prof. Hof, Johannisstr. 74, 10 Uhr. Gröden (Elektronenmonteur u. Helfer). Wahren, 10 Uhr. Gagen. (Heilungsmonteur u. Helfer). Golden. Heilungsmonteur, 10 Uhr. Neudorf. Sa. Birgergarten, 10 Uhr. Rostock (Elektriker). Pylharmonie, 10. Samstag, 10. Mai: Tübingen. Hahnen, Markt, 7 Uhr. Sonntag, 17. Mai: Stuttgart u. Umg. Gewerkschaftshaus, 4 Uhr. Generalversammlung. Geschäfts- und Kassenbericht. Wahl von 2 weiteren Angeordneten. Neuwahl der Verwaltung. Anträge.

Vertrauensleutezusammenkünfte

Chemnitz (Weichmetall). Samstag, 10. Mai, abends 8 Uhr. Volkshaus.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl.

Bremen. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum baldigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer, ein Kassierer und einen Buchhalter. Aus der Bewerbung muß hervorgehen die Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. Das Gehalt richtet sich nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Thale a. S. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen zweiten Beamten für Agitation und Verwaltung. Verlangt werden agitatorische und organisatorische Begabung sowie Kenntnis in der Sozialgesetzgebung. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Senftenberg. Für die Niederlassung wird ein Geschäftsführer gesucht. (S. Senftenberg.) Bedingung achtjährige Mitgliedschaft. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Gehalt nach Uebereinkunft. Bewerbungen sind bis zum 15. Mai an H. Scheffler, Berlin NW. 6, Stephanstr. 29, zu richten.

Geislingen. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Wismarsch. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen ersten Geschäftsführer. Die Anstellung erfolgt nach den Verhältnissen der Ortsverwaltung und soll die Hälfte des Gehalts der hiesigen Ortsverwaltung betragen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Organisations- und agitatorische Befähigung für diesen Posten haben. Gerechtigt wird nur auf eine tätige Kraft. Die Bewerbungsarbeiten, aus denen der Bewerber hervorgeht, sind zu richten an den Kollegen J. W. Gräter, Wartenburger Straße 24.

Sonstige Anzeigen

Buchstaben betr. die Arbeitergesetze sind niemals an die Redaktion, sondern sind nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

1. Schlichter. 1. Maschinenbauer sucht für Adolf Silbert, G. del. G. G. G.

Gelehrte tüchtige Silberbleifer, welche besonders auf echt silberne sofort gesucht. Andere Meldungen zweifels. 2645 Franz Wagner. Aktien-Ges. Düsseldorf. Holmschweitzerstraße 80.

Metallgießermeister oder Gießereitechniker gesucht nach der Erfahrung, energischer Fachmann, nicht unter 30 Jahren, verheiratet. Vertraut mit Formmaschinen, soll im Stande sein, mittlere Gießerei selbstständig zu leiten. Erfahrung in der Herstellung von Pressen, Quillengieß, Spritzguss, Aluminiumguss, Braugandranze von sehr hoher Festigkeit, sowie Qualitätsschmelze für Pressenlöhner von sehr hoher Druckfestigkeit. Bewerber sind zu richten in Deutschland wohnen bleiben, da nur 5 Minuten von großem Grenzort entfernt. Genäue Angaben über Ansprüche, Zeugnisse, Eintrittsmöglichkeit unter C. F. 6125 J. an Carl Köhl-Annoucen, Zürich (Schweiz).

Drahtweber Drahtflechter und Stadler für feine Eisen- und Metallgewebe bis zu No. 100 gesucht. H. D. Percher, Drahtgewebe- und Stadlerfabrik, Frankfurt a. O. für dauernde Arbeit stellt ein.

Für eine mittlere Metall-Weißer oder Karaphit in dauernde Stellung wird ein erfahrener Arbeiter gesucht. Er muß selbstständig die Formerei rentabel nach den neuesten Methoden einrichten und gut ausbauen verstehen, ebenso mit der Remacherei und dem Legieren aufs Beste vertraut sein. Eintritt kann sofort erfolgen. D. H. m. Gehaltsantrag. unter R. B. 2650 an den Verlag d. M. Z. erheben.

Druck und Verlag von Alexander Schilde & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.